



Frank-Walter Steinmeier

„Wegschauen ist uns nicht erlaubt“

Drei Reden zu rechtsextremen Gewalttaten, gehalten 2020 bei einem Treffen mit Angehörigen der Opfer von Hanau, zum 40. Jahrestag des Oktoberfestattentats und zum ersten Jahrestag des Anschlags in Halle

Including English translation



Der Bundespräsident

Frank-Walter Steinmeier

„Wegschauen ist uns nicht erlaubt“

Drei Reden zu rechtsextremen Gewalttaten, gehalten 2020
bei einem Treffen mit Angehörigen der Opfer von Hanau,
zum 40. Jahrestag des Oktoberfestattentats
und zum ersten Jahrestag des Anschlags in Halle



Der Bundespräsident

Inhalt

„Sie alle gehörten zu diesem Land“	S. 5
Treffen mit Angehörigen der Todesopfer des Anschlags von Hanau 23. September 2020, Schloss Bellevue	
„Nichtaufklärung, wo Aufklärung möglich und nötig gewesen wäre, ist unentschuldig“	S. 13
Gedenkfeier zum 40. Jahrestag des Oktoberfestattentats 26. September 2020, München	
„Ausgerechnet in Deutschland“	S. 23
Gedenkveranstaltung zum ersten Jahrestag des Anschlags in Halle 9. Oktober 2020, Halle (Saale)	

Titelbild: Die beschädigte Tür der Synagoge in Halle (Saale), die bei dem Anschlag am 9. Oktober 2019 den Schüssen des Attentäters standhielt

Cover photo: The damaged door of the synagogue in Halle that withstood the shots fired by the attacker on 9 October 2019



Ansprache im Großen Saal von Schloss Bellevue

„Sie alle gehörten zu diesem Land“

Treffen mit Angehörigen der Todesopfer des Anschlags von Hanau

23. September 2020, Schloss Bellevue

Ich schaue in Ihre Gesichter, und meine Gedanken gehen zurück zum Abend des 20. Februar. Nur wenige Stunden lag die grauenvolle Bluttat von Hanau zurück. Wir kamen zusammen im Rathaus, um von dort gemeinsam zur Mahnwache zu gehen. Ohnmächtiger Schmerz lag über dem Raum. Wir haben miteinander geschwiegen, auch geweint. Es gab keine Worte, die das Unfassbare hätten beschreiben oder einordnen können. Es ging nur darum, diesen Schmerz gemeinsam auszuhalten. Und das war unerträglich schwer.

Sieben Monate sind seitdem vergangen. Aber der Schmerz ist geblieben. Einige von Ihnen haben inzwischen die Kraft gefunden, über ihr Leid zu sprechen. Über die Nächte, in denen sie die Bilder von der mörderischen Gewalttat nicht loslassen. Über den ersten Gedanken am Morgen, wenn einem wieder und wieder bewusst wird, dass die fehlen, die Sie geliebt haben und die so brutal von Ihrer Seite gerissen wurden: Ihre Tochter oder Schwester, Ihr Sohn oder Bruder, Mutter oder Vater.

Manche von Ihnen können bis heute nicht fassen, was geschehen ist. Oder sie wollen es nicht wahrhaben, weil der Schmerz so unbeschreiblich groß ist. Manche warten noch immer darauf, dass ihr Kind nach Hause kommt. Andere spüren erst allmählich den Verlust und die grenzenlose Leere. Jeder Schritt im Alltag fällt schwer. Und noch schwerer fällt es, in die Zukunft zu schauen – in eine Zukunft ohne die, die man liebte.

Die Corona-Krise hat Sie in der Zeit der Trauer zusätzlich und besonders hart getroffen. Weil Sie sich nicht mehr treffen und austauschen konnten. Weil Sie

sich allein, einsam und isoliert gefühlt haben. Aber auch, weil Sie befürchten mussten, die rassistischen Morde, die Opfer und Ihr Leid würden über die Pandemie in Vergessenheit geraten.

Aber, verehrte Angehörige: Wir vergessen nicht. Wir dürfen nicht vergessen, und wir werden nicht vergessen. Das möchten meine Frau und ich Ihnen heute sagen, stellvertretend für die große Mehrheit Ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger in diesem Land. Den Schmerz können wir Ihnen nicht nehmen, auch wenn wir nichts lieber tun würden als das. Aber Sie sollen wissen: Wir stehen an Ihrer Seite. Dieses Land – Ihr Land – steht an Ihrer Seite. Die Herzen unseres Landes sind Ihnen zugewandt.

Was geschehen ist, macht viele Menschen immer noch traurig, wütend und entschlossen. Das haben die Kundgebungen des Mitgefühls und der Solidarität vor wenigen Wochen gezeigt – bei Ihnen in Hanau und in vielen anderen Städten unseres Landes. Und ich hoffe, dass Sie das heute auch hier im Schloss Bellevue spüren können.

Ich weiß, dass manchen von Ihnen die Reise nach Berlin nicht leichtgefallen ist. Dass Sie dennoch gekommen sind, ehrt uns. Wir wollen heute gemeinsam der Menschen gedenken, die Sie und wir alle am 19. Februar verloren haben. Und wir wollen hören, wie Sie die schwere Zeit der Trauer ertragen haben, ob Sie den Beistand hatten, den Sie brauchten und erhofften.

Wir erinnern uns an neun Menschen, neun junge Leben. An eine Frau und acht Männer, die an ihrer Zukunft bastelten, für ihre Träume kämpften, für andere da waren. Sie hatten noch so viel vor in ihrem Leben. Und sie alle hatten eines gemeinsam: Sie verstanden sich als Hanauer – ganz egal, woher sie oder ihre Familien einmal gekommen waren, woran sie glaubten, woran sie Freude hatten.

Ihr Tod hat eine große Lücke gerissen. Und diese Lücke bleibt. Niemand weiß so gut wie Sie, was diese neun Menschen in ihrer Persönlichkeit ausgemacht hat. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie uns von ihnen erzählt haben, dass wir ihre Gesichter sehen konnten.

Wir vergessen sie nicht. Und wir hören nicht auf, ihre Namen zu sagen: Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Said Nesar Hashemi, Vili-Viorel Păun, Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Fatih Saraçoğlu, Kaloyan Velkov.

Wir denken heute auch an Behçet Gültekin, den Vater von Gökhan. Ich durfte ihn noch kennenlernen. Er erlag nur wenige Wochen nach der Tat seiner schweren Krankheit. Der Tod seines Sohnes hat ihm die letzte Kraft genommen.

Neun Menschen sind tot, weil ein rassistischer und rechtsextremistischer Attentäter in ihnen Ausländer sah. Sie wurden erschossen, weil sie dunkle Haare hatten oder sich in einer Shisha-Bar aufhielten. Einer von ihnen, Vili-Viorel Păun, hat offenbar versucht, den Täter zu verfolgen und aufzuhalten. Nach allem, was wir wissen, waren es auch sein Mut und sein Wille, andere zu schützen, die ihn das Leben kosteten.

Der Attentäter wusste nichts von seinen Opfern. Er griff sie stellvertretend an. Ziel seines mörderischen Hasses waren Menschen mit Migrationsgeschichten. Menschen, deren Eltern oder Großeltern aus dem Süden oder Osten nach Deutschland gekommen waren. Menschen, die er als anders empfand, als fremd, die er in seinem verquasteten Weltbild als nicht deutsch, als nicht dazugehörig verachtete.

Seine Tat offenbart die kalte und blinde Logik des Rassismus und aller anderen menschenverachtenden Ideologien. Wer Menschen aufgrund irgendwelcher Merkmale in Gruppen zwingt und abwertet, wer sie auf ihre Herkunft, ihren Glauben, ihr Geschlecht oder ihre Lebensanschauung reduziert, wer ihnen ihre Einzigartigkeit nimmt, stellt sich gegen das Lebensprinzip unserer Demokratie. Die Würde des Menschen, jedes einzelnen Menschen, ist unantastbar. Sie steht unter dem Schutz unseres Grundgesetzes.

Die Terrorat von Hanau traf neun einzigartige Menschen. Neun Menschen, die keine Fremden waren, sondern Teil dieser Gesellschaft. Sie alle gehörten zu diesem Land, jeder mit seiner ganz eigenen Prägung. Ihre Geschichten führen uns vor Augen, dass in unserer Einwanderungsgesellschaft längst eine junge

Generation herangewachsen ist, in der sich die unterschiedlichsten Lebenswelten vermischt haben. Eine junge Generation, für die längst nicht mehr entscheidend ist, woher jemand kommt, sondern wofür er steht und wohin er will. Rassistische Zuschreibungen sind menschenfeindlich, und sie werden der Lebenswirklichkeit in unserer vielfältigen Gesellschaft nicht gerecht.

Wir gegen die, die gegen uns – das ist die Sprache des Hasses. Es ist die Sprache der Herabwürdigung, einer Herabwürdigung, die den Boden für Gewalt bereitet. Es ist die Sprache derer, die Menschen gegeneinander aufhetzen und unsere Gesellschaft spalten wollen. Wir müssen unsere Stimme erheben und solidarisch sein, wann immer Menschen in unserem Land in ihrer Würde verletzt werden. Das sind wir den Opfern des 19. Februar schuldig.

Die meisten Menschen in diesem Land sehen die neue deutsche Vielfalt als Bereicherung. Sie wollen zusammenleben, und sie tun es tagtäglich – bei Ihnen in Hanau, hier in Berlin und an vielen anderen Orten der Republik in gleicher Weise. Die Verschiedenen begegnen sich in Kitas und Schulen, in Werkstätten und Büros, in Cafés und Sportvereinen. Und sie – und wir alle – lernen hoffentlich immer besser, Unterschiede auch mal auszuhalten und Konflikte auszutragen, im respektvollen Gespräch auf Augenhöhe.

Aber wir wissen auch: Der rassistische Terror von Hanau kam nicht aus heiterem Himmel. Es gibt Rassismus in unserem Land, es gibt Muslimfeindlichkeit, und es gibt Antisemitismus. Auf offener Straße werden Menschen beleidigt, bedroht, angegriffen und ermordet, weil sie eine dunkle Hautfarbe haben, in einer Moschee beten oder eine Kippa tragen. Die Wurzeln des Rechtsextremismus reichen tief in unsere Gesellschaft hinein. Das ist ein ernstes und drängendes Problem. Wir dürfen es auch in Zeiten von Corona nie aus den Augen verlieren.

Sie alle, verehrte Angehörige, wissen, wie es sich anfühlt, abgestempelt und ausgegrenzt zu werden. Liebe Frau Kurtović, Sie haben gesagt: „Rassismus und Diskriminierung sind Alltag für uns, obwohl wir uns erfolgreich integriert haben und uns selbst als Deutsche sehen.“ Da schwingt tiefe Enttäuschung

mit. Sie haben gekämpft, um dazuzugehören. Sie haben viel geleistet für diese Gesellschaft. Und dann sind Sie in den Augen mancher doch wieder nur „die Ausländer“. Ich kann verstehen, wie bitter das ist, wie wütend es macht, auch wenn ich es selbst nicht erleben muss.

Als Bundespräsident stehe ich an Ihrer Seite, an der Seite aller Menschen, die Ausgrenzung und Diskriminierung erleben. Lassen Sie uns gemeinsam für ein Land streiten, in dem niemand das Gefühl haben muss, weniger wert zu sein. Für ein Land, in dem niemand wegen seines Namens oder seiner Hautfarbe schlechtere Chancen hat. Für ein Land, in dem wir auf unsere Sprache achten, im Internet, auf der Straße, in den Parlamenten.

Die Erinnerung an den Anschlag in Hanau und die vielen anderen Akte rechts-extremistischer Gewalt macht uns umso entschlossener. Immer wieder haben rechte Terroristen versucht, unsere demokratische Einwanderungsgesellschaft mit blutigen Attacken zu erschüttern. Am Samstag nehme ich in München an der Gedenkfeier für die Opfer des Oktoberfestattentats vor vierzig Jahren teil. Und am 9. Oktober besuche ich Halle, ein Jahr nach den furchtbaren Anschlägen dort, die Juden und Muslimen galten und bei denen zwei Menschen starben, die weder das eine noch das andere waren.

Wir vergessen die Toten nicht. Und die Erinnerung fordert und verpflichtet uns. Es ist die Pflicht unseres Staates und seiner Sicherheitskräfte, jeden Menschen in unserem Land zu schützen, unabhängig von seiner Herkunft, seinem Glauben, seiner Hautfarbe. München, Halle, Hanau mahnen uns, alles zu tun, was wir tun können, um solche Anschläge in Zukunft zu verhindern. Und sie mahnen uns, noch mehr zu tun, damit niemand in unserem Land sich ungeschützt fühlen muss.

Aber nicht nur der Staat, auch jeder Einzelne ist gefordert im Kampf gegen Hass und Gewalt. Wir müssen Hilfe anbieten und wachsam sein, wenn Menschen in unserem Umfeld Verschwörungsmythen anheimfallen, sie fördern und sich zurückziehen. Wir müssen uns einmischen, wenn Menschen im Alltag verächtlich gemacht werden. Und wir müssen uns klar abgrenzen, wo auch

immer Rechtsextremisten aufmarschieren. Wer gleichgültig neben ihnen herläuft, macht sich mit ihnen gemein.

Ich bin froh, dass so viele Menschen in unserem Land Farbe bekennen gegen Rassismus. Dass sie auch in Zeiten von Corona hörbar und sichtbar geblieben sind. Auch Sie, verehrte Angehörige, haben sich in den vergangenen Wochen für den Zusammenhalt starkgemacht. Nach allem, was Sie erlitten haben, ist das nicht selbstverständlich. Ich finde, Ihr Engagement sollte alle beschämen, die in Deutschland weiter Hass und Hetze verbreiten. Und es sollte alle anstecken, die sich noch nicht gegen Menschenfeindlichkeit engagieren.

Liebe Frau Unvar, ich möchte zum Schluss die eindrucksvollen Worte zitieren, die Sie vor einem Monat bei der Gedenkkundgebung in Hanau gefunden haben. „Unsere Kinder“, haben Sie gesagt, „dürfen nicht umsonst gestorben sein. Ihr Tod muss das Ende sein, das Ende rassistischer Angriffe. Ihr Tod soll der Anfang sein von etwas Neuem, von Schulen ohne Rassismus und von einem Zusammenleben, in dem wir alle gleiche Rechte haben. [...] Wenn wir das geschafft haben, werde ich am Grab meines Sohnes stehen und sagen: Das war Dein Kampf, und Du hast es geschafft.“

Liebe Frau Unvar, verehrte Angehörige, lassen Sie uns gemeinsam für dieses große Ziel kämpfen: für eine Gesellschaft ohne Rassismus, ohne Hass und Gewalt. Wir stehen zusammen. Wir halten zusammen. Und wir wollen zusammenleben. Das ist und bleibt die Botschaft von Hanau.



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Elke Būdenbender im Gesprach mit der Familie eines der Todesopfer



Kranzniederlegung zu Ehren der Anschlagsoffer von München am Ort des Attentats

„Nichtaufklärung, wo Aufklärung möglich und nötig gewesen wäre, ist unentschuldbar“

Gedenkfeier zum 40. Jahrestag des Oktoberfestattentats

26. September 2020, München

Vier Jahrzehnte sind seit dem Anschlag auf das Oktoberfest 1980 vergangen. Fast zwei Generationen und viel Geschichte liegen zwischen diesem 26. September und heute. Aus zwei deutschen Staaten ist inzwischen einer geworden. Nächste Woche werden wir dreißig Jahre Einheit feiern. Eine Ewigkeit scheint vergangen. Und doch ist uns dieser furchtbare Tag nah. Sein Schrecken ist uns allen wieder nah, gerade jetzt, nach dem Mord an Walter Lübcke, nach den Taten von Halle und Hanau.

Aber vor allem für Sie, für die Opfer und Hinterbliebenen bleibt dieser 26. September 1980 unendlich nah, ein unauslöschbares Datum. Ein tiefer Einschnitt, ein Schmerz, der nicht vergeht. Niemand entkommt dem Schatten, den der Terror über ein Leben legt. Auf den Opfern, auf Ermittlern, Politikern, Anwälten und Staatsanwälten, auf ihnen allen lasten die vergangenen vierzig Jahre.

In ganz besonderer Weise aber auf Ihnen, den überlebenden Opfern, den Angehörigen, die Kinder, Mütter oder Väter verloren haben.

Wie soll ein Siebenjähriger das Bild seiner schwerverletzten Mutter vergessen? Den Eindruck der Hilflosigkeit, den sein Vater, den die Erwachsenen um ihn herum damals auf ihn machten? Wie sollte er den Feuerwehrmann vergessen, der mit ihm das Vaterunser beten wollte?

Wie soll eine leidenschaftliche Bergsteigerin, der die Bombe Fuß und Rücken zerfetzte, vergessen, dass sie in den langen Jahren nach dem Attentat Berggipfel nur noch auf Fotos sah und stattdessen mühsam wieder laufen lernen musste?

Und vor allem: Wie leben die Mütter, Väter und Kinder weiter, deren Liebste ums Leben kamen? In deren Leben eine Lücke gerissen wurde, die niemals wieder zu schließen war? Die den Schmerz um ihren Verlust tragen mussten und die Wut darüber, dass ihre Fragen unbeantwortet blieben; Fragen nämlich, wer ihnen diesen Schmerz zugefügt hat und warum?

Ja, vierzig Jahre später müssen wir beschämt eingestehen: Viele Fragen sind offengeblieben. Fragen, die ein sorgfältiges Ermittlungsverfahren hätte beantworten müssen. Fragen, die im ersten Anlauf aber nicht beantwortet wurden und die im zweiten nicht mehr beantwortet werden konnten. Diese offene Wunde bleibt. Umso mehr sind wir heute in der Pflicht, den Überlebenden jenseits der strafrechtlichen Ermittlungen beizustehen. Wie leben sie, wie geht es ihnen heute? Wer lindert ihre Schmerzen, wer hilft ihnen im Alltag?

Auch diese Fragen wurden lange nicht gestellt oder blieben unbeantwortet. Sie waren Gegenstand jahrzehntelanger Auseinandersetzungen und Quelle vieler Enttäuschung und Verzweiflung bei den Angehörigen und Opfern.

Ich bin deshalb froh und dankbar, dass die Betroffenen nach vierzig Jahren nun – über bisher Geleistetes hinaus – eine finanzielle Unterstützung erhalten, auf die sie schon so lange gewartet haben. Herr Oberbürgermeister, Sie haben es angesprochen. Der Fonds in Höhe von 1,2 Millionen Euro, den der Bund, der Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München jetzt einrichten werden, ist ein spätes, aber ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit den Opfern.

Über die praktische Solidarität hinaus haben wir eine zweite Verpflichtung: nicht zu vergessen. Die Erinnerung wachzuhalten. Gemeinsam zu trauern und zu gedenken. Und deshalb danke ich an erster Stelle Ihnen, den Überlebenden und den Angehörigen der Opfer, von Herzen dafür, dass Sie heute hier sind,

dass Sie zu uns und mit uns sprechen. Wir brauchen Ihr Wort und Ihr Zeugnis, wenn wir an die Opfer dieses Anschlags erinnern, an die Toten wie an die Überlebenden.

Ich danke der Stadt München und der Gewerkschaftsjugend, die diese und vorangegangene Gedenkveranstaltungen möglich gemacht haben.

Ich danke Ulrich Chaussy, der in den vergangenen vierzig Jahren keine Ruhe gegeben hat, der sich nie mit den Widersprüchen zwischen Zeugenaussagen, Indizien und Ermittlungsergebnissen abfinden wollte und trotz aller Widrigkeiten weiter bohrte und weiter recherchierte.

Mein Dank gilt Werner Dietrich, der als Vertreter der Nebenklage den Opfern eine Stimme gegeben, unermüdlich für eine Wiederaufnahme des Verfahrens gestritten und sie schließlich – im dritten Anlauf – erreicht hat.

Ja, und ich danke auch dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann und der bayerischen Staatsregierung dafür, dass sie diese Wiederaufnahme des Verfahrens unterstützt haben.

Meine Damen und Herren, mein Dank gilt Ihnen allen, weil Sie getan haben, was in Ihrer Macht steht, um den blinden Fleck des Geschehens auszuleuchten und zur Aufklärung der Hintergründe beizutragen. Die wieder aufgenommenen Ermittlungen konnten die offenen Fragen zwar nicht mehr beantworten. Aber sie haben zu einer klaren Einordnung des Generalbundesanwalts geführt: Der Anschlag auf das Oktoberfest 1980 war ein rechtsterroristischer Anschlag. Diese Erkenntnis macht einen Unterschied. Wie jede Erkenntnis macht sie uns freier. Sie war notwendig – und sie war ein Gewinn.

Denn die unzureichende Aufklärung dieser Tattat schmerzt nicht nur die Opfer von damals. Auch unser demokratisches Gemeinwesen, unser Rechtsstaat trägt eine Wunde davon – bis heute. Die Verbindungen des Attentäters Gundolf Köhler zur rechtsradikalen Wehrsportgruppe Hoffmann waren schon 1980 bekannt.

Nach der Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens 2014 aber fehlten die Asservate für eine Beweisführung, etwa durch DNA-Anhaftungen. Es fehlten wichtige, vielleicht entscheidende Beweismittel. Eine Tatbeteiligung der Wehrsportgruppe Hoffmann oder anderer rechtsextremer Netzwerke konnte nicht mehr nachgewiesen werden. Nichtaufklärung, wo Aufklärung möglich und nötig gewesen wäre, ist unentschuldig und ein Versagen, das das Vertrauen in Ermittlungsbehörden und Justiz berührt.

Nie sollte sich in Deutschland Vergleichbares wiederholen! Diese Erkenntnis hätten wir uns doch zumindest, alle gemeinsam, als Lehre aus München gewünscht. Ein Wunsch, der sich nicht erfüllen sollte. 2011 erfuhren wir von der Mordserie des NSU. Zehn Menschen waren aus rechtsextremen Motiven ermordet worden, ohne dass je ernsthaft in diese Richtung ermittelt worden war.

Sind rechtsextreme Netzwerke in der Strafverfolgung zu selten wahr- und noch weniger ernst genommen worden? Die Geschichte rechtsextremer Straftaten und Mordanschläge in unserem Land lässt zwei Antworten zu. Entweder hat sich die Erkenntnis, dass auch diese Attentäter ein Umfeld haben, in Netzwerke eingebunden sind oder sich von ihnen inspirieren lassen, erst spät, zu spät durchgesetzt, oder diese Erkenntnis wurde bewusst missachtet.

Wenn wir den Opfern des Attentats vor vierzig Jahren gerecht werden wollen, dann muss das Gedenken an sie auch ein Nachdenken über uns sein, ein Nachdenken über Fehler, über Versäumnisse und über blinde Flecken bei der Aufklärung rechtsextremistischer Anschläge in der Vergangenheit.

Zu diesem Nachdenken gehört es zu fragen, ob es typische, sich wiederholende Defizite in der Strafverfolgung gab und möglicherweise noch immer gibt.

Wir wissen: Rechtsextremistische Netzwerke existieren. Die Mordserie des NSU hat Licht in diesen toten Winkel der Strafverfolgung gebracht. Sie hat – auch im Urteil von Sicherheitsbehörden – gezeigt, dass Ermittlungen ins Leere laufen, wenn sie nicht, wie es sein sollte, vorbehaltlos erfolgen, sondern von Befangenheit und Vorurteilen geleitet werden. Sie hat gezeigt, dass Opfer und

Täter verwechselt werden, wenn Ermittler Ressentiments folgen; dass Tatmuster und Hintergründe nicht erkannt werden, wenn Ermittlungsbehörden ihre Erkenntnisse nicht austauschen.

Fehler wie diese können Strafverfolgung in ihr Gegenteil verkehren. Ja sie gefährden den demokratischen Rechtsstaat. Deshalb müssen wir sie erkennen und korrigieren – mit allem Nachdruck und mit aller Ernsthaftigkeit.

Denn die Täter und Mittäter, die aus rassistischen, menschenverachtenden Motiven handeln, die Hass, Gewalt und Bomben einsetzen, die Serienmorde begehen, die ihre Opfer verhöhnern und die Verantwortung für ihre Taten leugnen, die haben ein Ziel. Dieses Ziel sind wir alle. Es ist unser Gemeinwesen, die Gesellschaft, unsere freiheitliche Ordnung – eine Ordnung, die sie als „System“ verhöhnern –, die zerstört werden soll. Ihr Ziel ist es, uns das Fürchten zu lehren.

In diesen Hinterhalt lassen wir uns nicht zwingen. Wir erkennen die Bedrohung und überwinden die Angst. Wir stehen zusammen und helfen den Opfern und den Hinterbliebenen, sich wieder sicher und aufgehoben zu fühlen in unserer Mitte.

Denke ich an den Herbst 1980, in dem der Anschlag auf das Oktoberfest verübt wurde, dann erinnere ich mich an den Film von Margarethe von Trotta, der nur wenig später in die Kinos kam: „Die bleierne Zeit“.

Die Entführung und Ermordung von Hanns Martin Schleyer, das Drama um die entführte Lufthansa-Maschine Landshut und die Selbstmorde der führenden Mitglieder der RAF – all das lag im Oktober 1980 gerade drei Jahre zurück. Der Deutsche Herbst, wie diese bedrückende Zeit im September und Oktober 1977 bis heute heißt, legte sich lange lähmend und bleiern auf unser Land.

In dieser aufgerauten Atmosphäre wurde 1980 ein neuer Bundestag gewählt. Wer diese Zeit miterlebt hat, erinnert sich an einen extrem polarisierten Wahlkampf, bestimmt von harten rhetorischen Zweikämpfen und einem bis aufs Äußerste gereizten politischen Klima.

Die Kontrahenten hießen Franz Josef Strauß und Helmut Schmidt. Zwei Männer, die politische Gegner waren und einander dennoch, wie wir heute wissen, achteten. Im Wahlkampf 1980 wäre niemand auf die Idee gekommen, dass ihre politische Gegnerschaft eines Tages in eine persönliche Wertschätzung münden würde. Die erbitterten Auseinandersetzungen, die sich Schmidt und Strauß in diesem Wahlkampf lieferten, noch mehr aber die Tumulte und Krawalle, die diesen Wahlkampf begleiteten, ließen eine solche Vorstellung nachgerade unmöglich erscheinen. Zu schroff schienen die Gegensätze, zu verletzend die Rhetorik, zu tief das Zerwürfnis – zwischen den Personen und zwischen den politischen Lagern.

In dieser aufgeheizten, feindlichen Atmosphäre zündete der Attentäter vom 26. September 1980 die Bombe – neun Tage vor dem Wahltermin.

Auch vierzig Jahre später dringen die Bilder aus dem Gedächtnis hervor: das Chaos, die Schreie, das Blut. Zwölf Menschen wurden ermordet, 213 verletzt, viele von ihnen so schwer, dass sie tagelang in Münchner Krankenhäusern um ihr Leben rangen. Das Oktoberfest ging weiter. Es wurde nur am Tag der Trauerfeier für 24 Stunden unterbrochen.

Die politischen Auseinandersetzungen aber ruhten nicht einmal für eine Stunde. Sie nahmen an Schärfe noch zu. Die verbliebenen Tage bis zur Bundestagswahl am 5. Oktober bestimmte dann zusätzlich der Parteienstreit um die politische Verantwortung für das Attentat – die Instrumentalisierung des Anschlags im Wahlkampf in beide Richtungen. Beide Seiten wiesen einander eine Mitverantwortung für das Attentat zu und drohten mit Verleumdungsklagen.

Es ist diese Situation, die ich meine, wenn ich vom Hinterhalt des Terrors spreche. Attentäter morden skrupellos. Ihre Opfer sind ihnen nur Mittel zum Zweck. Der Zweck aber ist erst dann erreicht, wenn das Ziel der Zerstörung – die politische Ordnung – die beabsichtigte Reaktion zeigt. Das Ziel des rechts-extremistischen Terroranschlags vor vierzig Jahren war genau das, was eintrat: dass Demokraten miteinander im Streit um die Verantwortung für den Terrorakt liegen. Schlimmer noch, dass sie einander die Schuld dafür zuweisen.

Dass dieser Streit, diese gegenseitigen Schuldzuweisungen – jedenfalls unter den demokratischen Parteien unseres Landes – überwunden sind, spricht für die demokratische Kultur und die Zivilität unseres Landes. Ob die Lektion dauerhaft gelernt ist, ist offen. Das hängt davon ab, ob die demokratischen Parteien untereinander den wichtigen Unterschied zwischen Gegnerschaft und Kontroverse einerseits und Feindschaft, Hass und Verachtung andererseits auch in Zukunft respektieren. Kontroverse und auch scharfe Konfrontation braucht jede Demokratie, das ja. Häme, Hass und Verachtung aber schaffen ein Klima, in dem einige sich zur Anwendung von Gewalt ermuntert sehen.

Diese Bedrohung ist vierzig Jahre nach München nicht kleiner geworden. Vor drei Tagen habe ich in Berlin mit Angehörigen der Opfer der kaltblütigen Morde von Hanau gesprochen. In zwei Wochen jährt sich der Anschlag auf die Synagoge in Halle. Halten wir deshalb die Erinnerung an München wach – auch an die Fehler, die gemacht worden sind. Nur wer seine Fehler kennt, kann sie auch korrigieren. Denn auch für Hanau und Halle gilt: Wir mögen die konkreten Täter kennen. Aber das befreit uns eben nicht von der Verpflichtung, ihre Motive zu ergründen, ihr Umfeld zu ermitteln und die Netzwerke zu durchleuchten, mit denen sie in Verbindung standen.

Wegschauen ist nicht mehr erlaubt. Nicht nach dem Oktoberfestattentat, nicht nach dem NSU-Prozess, nicht nach den Drohschreiben von NSU 2.0, nicht nach Waffenfunden und Feindeslisten sogenannter Preppergruppen mit Verbindungen zu Reservisten der Bundeswehr und Angehörigen von Sicherheitsbehörden, nicht nach der Aufdeckung einer rechtsextremen Chatgruppe innerhalb der Polizei in Nordrhein-Westfalen.

Für mich ist klar: Alarmismus bringt uns nicht weiter. Aber Selbstberuhigung ist eine Gefahr. Es geht um die Integrität unserer rechtsstaatlichen Institutionen. Die müssen wir schützen – um der Zukunft unserer Demokratie willen!

Ich vertraue unserer Polizei. Ich vertraue den vielen Beamtinnen und Beamten, die täglich für Recht und Demokratie eintreten und die stolz darauf sind, die Freiheit zu schützen. Viele habe ich getroffen und gesprochen. Ich weiß,

was sie leisten. Sie brauchen dieses Vertrauen, und sie verdienen es. Feinde der Freiheit und der Demokratie dürfen in der Polizei nicht geduldet werden. Es muss jede Anstrengung unternommen werden, rechtsextreme Netzwerke zu enttarnen, wo es sie gibt. Die Polizeiführungen und die politisch Verantwortlichen dürfen kein Klima dulden, in dem solche Netzwerke entstehen und von anderen gedeckt werden können.

Das ist unser gemeinsames Interesse. Aber ich bin überzeugt: Es entspricht auch dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten, dass ihr Ansehen und das in sie gesetzte Vertrauen nicht von Verfassungsfeinden in den eigenen Reihen beschädigt werden.

Der Rechtsextremismus hat tiefe Wurzeln in unserer Gesellschaft. Die Erinnerung an die vielen auch nach 1980 verübten rechtsextremistischen Tattaten und an die große Zahl ihrer Opfer muss einen angemessenen Platz finden im kollektiven Gedächtnis unseres Landes. Der heutige Tag sollte uns Anlass sein, diese Erinnerung zu fördern und wachzuhalten.

Die rechtsterroristischen Mordtaten der vergangenen Jahrzehnte waren nicht das Werk von Verwirrten. Die Täter waren eingebunden in Netzwerke des Hasses und der Gewalt oder ließen sich von ihnen zu ihren Taten anstiften. Diese Netzwerke müssen wir aufspüren. Wir müssen sie bekämpfen – unterschiedener als bisher!



Überlebende des Anschlags bei der Eröffnung der neuen „Dokumentation Oktoberfest-Attentat“ an der Theresienwiese



Stilles Gedenken nach der Enthüllung einer Gedenkplatte vor dem Dönerimbiss, in dem der Attentäter ein Jahr zuvor Kevin Schwarze erschoss

„Ausgerechnet in Deutschland“

Gedenkveranstaltung zum ersten Jahrestag des Anschlags in Halle

9. Oktober 2020, Halle (Saale)

Ein Jahr ist vergangen. Schon ein Jahr. Nur ein Jahr.

Heute vor einem Jahr wurde hier in Halle ein Alptraum wahr, am helllichten Tag, mitten in Deutschland. Ausgerechnet in Deutschland.

Ein Jahr ist vergangen, aber der Schmerz, das Entsetzen ist nicht gewichen. Meine Gedanken und mein tiefes Mitgefühl gelten heute den Menschen, die ihre Liebsten verloren haben. Zwei Menschen wurden kaltblütig ermordet: Jana Lange und Kevin Schwarze. Für ihre Freunde und Familien ist seither nichts mehr wie zuvor. Es gibt keinen Trost für ihren Verlust. Als Bundespräsident möchte ich Ihnen, den Angehörigen, heute sagen: Wir stehen an Ihrer Seite. Wir alle, die Menschen in unserem Land, trauern mit Ihnen. Und wir vergessen nicht.

Wir stehen auch an der Seite der Menschen, die schwer verletzt wurden. Wir stehen an der Seite der Menschen, die der Täter mit seinem mörderischen Hass im Visier hatte. Sie, die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, die stundenlang um ihr Leben fürchten mussten, Sie wird dieser 9. Oktober nie wieder loslassen. Sie tragen innerlich schwer an den Folgen. Sie werden verfolgt von Bildern, die Sie nachts heimsuchen, von der Erinnerung, hilflos und eingeschlossen zu sein, als die Schüsse fielen. Sie werden gequält von der Erinnerung an die Furcht, die sich ausbreitete im Synagogenraum; der Erinnerung an die Ohnmacht von Eltern beim Versuch, die weinenden Kinder zu schützen; von der Vorstellung, was alles hätte geschehen können; vor allem: von der Angst, dass sich ein solcher Alptraum wiederholen könnte. Wir können nur erahnen, was Sie durchmachen.

Und den Alptraum jenes 9. Oktober erlebten auch die Mitarbeiter und Gäste des Kiez-Döner. Nur Minuten nach den Schüssen auf die Synagogentür greift der Täter den Imbiss mit Sprengsätzen an, schießt auf Passanten und erschießt einen Gast. Auch die, die Zeugen der Tat wurden, werden die Bilder nicht los. Auch sie haben unser Mitgefühl.

Ich bin dankbar, heute hier zu sein. Als Bundespräsident empfinde ich tiefe Trauer. Aber ich empfinde auch ein Jahr später noch Scham und Zorn.

Dieser 9. Oktober, er hat sich auch mir ins Gedächtnis eingegraben. Es sollte ein Tag der Freude sein. Nicht weit von hier, in Leipzig, wollten wir uns erinnern an den Mut der Zehntausenden, die dort am 9. Oktober 1989 auf die Straße gegangen waren, die von Freiheit träumten und für ihre Freiheit kämpften, für die Achtung der Menschenwürde. Wir wollten sie feiern, die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler, die Friedlichen Revolutionäre von damals, ohne die die Mauer nicht gefallen und unser Land nicht schon dreißig Jahre wiedervereint wäre.

Aber über die Feiern legte sich ein dunkler Schatten. Noch während wir dort in Leipzig redeten über den Mut derer, die vor dreißig Jahren eine Diktatur zu Fall gebracht hatten, sickerten Nachrichten aus Halle durch – zu Anfang ungenau, später wurde die Dimension der monströsen Tat klar. Ein rechtsextremer Attentäter wollte in einem jüdischen Gotteshaus am höchsten jüdischen Feiertag ein Massaker verüben. Am helllichten Tag, mitten in Deutschland. Ausgerechnet in Deutschland.

Ausgerechnet an Jom Kippur. Die Synagoge war voll besetzt: Alte, Junge, Familien mit Kindern, Gäste aus dem Ausland. Sie sollten sterben nach dem barbarischen Plan des Täters.

Es kommt fast einem Wunder gleich, dass dieser grausame Plan scheiterte. Dieses Wunder verdanken wir auch einer Tür – einer alten hölzernen Tür. Sie, nur sie hat ein Blutbad verhindert. Das Bild dieser Tür mit ihren Einschusslöchern hat sich mir ebenfalls tief eingepägt. Diese Tür ist ein Sinnbild für die Wunde,

die dieser 9. Oktober 2019 gerissen hat. Aber für mich ist diese Tür auch ein Symbol der Stärke und des Zusammenhalts. Das ist auch die Botschaft der jungen Künstlerin Lidia Edel, die die Tür so wunderbar zum Denkmal umgestaltet hat.

Die Synagoge hat jetzt eine neue Tür, eine, die noch stärker, noch wehrhafter ist. Für Sie, lieber Herr Privorozki, für Ihre Gemeindemitglieder ist das sicher das Mindeste, aber es wird Ihnen die Beunruhigung durch wachsenden Antisemitismus nicht nehmen.

Mich erfüllt auch das mit Scham und Zorn: dass es nötig ist, jüdische Gotteshäuser in unserem Land zu schützen. Dass es für jüdische Kinder Alltag ist, schwer bewachte Kindergärten und Schulen zu besuchen. Dass Jüdinnen und Juden immer und zu jeder Zeit damit rechnen müssen, auf der Straße angepöbelt, angespuckt oder gar gewaltsam angegriffen zu werden. Dass jüdische Gräber und Stolpersteine geschändet und entehrt werden. Dass antisemitische Hetze und Hass anschwellen, vor allem im Netz, aber bei weitem nicht nur dort; und dass antisemitische Straftaten zunehmen. Erst zu Beginn dieser Woche erschütterte uns die Nachricht von einer weiteren antisemitischen Gewalttat vor der Synagoge in Hamburg.

Ich bin zutiefst dankbar, dass es wieder jüdisches Leben gibt in unserem Land. Deshalb schmerzt es mich umso mehr, wenn Jüdinnen und Juden sich in Deutschland nicht sicher fühlen. Einige von ihnen haben nach Halle öffentlich gefragt, ob das noch ihr Land ist. Oder ob es Zeit ist, die Koffer vom Dachboden zu holen, wie der Historiker Michael Brenner, Sohn zweier Holocaust-Überlebender, geschrieben hat.

Denn es hat schon so viele antisemitische Gewalttaten gegeben. Manche, die länger zurückliegen, an die die Erinnerung verblasst. Ich denke an den Brandanschlag auf das Jüdische Altersheim in München, bei dem sieben Menschen ums Leben kamen. Der Anschlag wurde nie aufgeklärt. Ich denke an den langjährigen Vorsteher der Jüdischen Gemeinde von Nürnberg, Shlomo Lewin, und seine Lebensgefährtin Frida Poeschke, die ein Rechtsextremer in ihrem Haus in Erlangen erschoss – nur wenige Wochen nach dem Oktoberfestattentat.

Aber die Spuren solcher Taten verlieren sich nicht in der Geschichte. Ich denke an die vielen jüdischen Mitmenschen, die – bis in unsere Tage hinein – Opfer von gewaltsamen Angriffen geworden sind.

Die Liste der antisemitischen Übergriffe seit 1945 ist lang. Es ist eine Liste der Schande. Sie muss jeden Demokraten und jede Demokratin umtreiben.

Es reicht nicht, einen Anschlag wie den in Halle zu verurteilen – und dann wieder zur Tagesordnung überzugehen. Wir alle müssen Haltung zeigen. Wir müssen zeigen, dass wir keine Form von Antisemitismus, ob alten oder neuen, linken oder rechten, tolerieren – mehr noch, dass wir ihn aktiv bekämpfen. Und dieser Kampf geht uns alle an.

Denn Antisemitismus ist ein Seismograph für den Zustand unserer Demokratie. Je offener er sich äußert, desto stärker sind unsere Werte, sind Toleranz und die Achtung der Menschenwürde angefochten.

Deshalb muss es uns alarmieren, wenn Kritiker der Corona-Maßnahmen alte antisemitische Verschwörungstheorien neu aufleben lassen und millionenfach verbreiten. Und lassen Sie mich auch das sagen: Es ist niederträchtig, wenn manche dieser Kritiker sich auch noch öffentlich den gelben Stern anheften. Das ist geschichtslos. Das ist unerträglich!

Der Hass des Täters von Halle richtet sich nicht nur gegen Juden. Er richtet sich auch gegen Muslime, gegen Menschen mit einer Migrationsgeschichte, gegen Frauen, gegen das, was er für links hält. Eine Moschee anzugreifen, so war zu lesen, wäre ihm auch recht gewesen. Sein Hass folgt einem nur allzu bekannten Muster: Menschen, die eine andere Hautfarbe haben, die vermeintlich fremd sind, Menschen, die an anderes glauben und andere Überzeugungen haben, in Gruppen zu zwingen, sie herabzuwürdigen, auszugrenzen, sie im Extremfall zu entmenschlichen.

Das ist die Logik von Antisemitismus, von Rassenhass, von Islamfeindlichkeit, von Homophobie – die Logik jeder Form von Menschenfeindlichkeit.

Auch Zuwanderer und Flüchtlinge, auch Muslime werden in unserem Land beschimpft, diskriminiert, bedroht, ermordet; ihre Moscheen werden beschmiert und angegriffen. Der Hass einiger geht heute so weit, dass ein Politiker wie Walter Lübcke kaltblütig umgebracht wurde, weil er für Menschlichkeit eintrat. Dieser Hass trifft auch andere Politikerinnen und Politiker, ganz besonders auf kommunaler Ebene. Nichts davon darf uns gleichgültig lassen. Nichts davon dürfen wir hinnehmen.

Heute erinnern wir uns an den Anschlag von Halle. Vor wenigen Wochen sprach ich mit den Angehörigen der Opfer von Hanau, kurz darauf gedachten wir in München der Opfer des Oktoberfestattentats vor vierzig Jahren. München, Halle, Hanau: Es ist eine lange blutige Linie, die diese und viele andere Taten verbindet, eine Linie, die auch über die NSU-Morde und den Mord an Walter Lübcke führt.

Rechtsextremismus reicht tief hinein in unsere Gesellschaft und rechtsextremer Terrorismus weit zurück in unsere Geschichte. Diese Erkenntnis hat sich erst nach den NSU-Morden durchgesetzt, spät, sehr spät. Das muss uns Mahnung und Auftrag zugleich sein.

Im Fall von Halle und auch von Hanau wissen wir, wer die Täter sind. Aber wir müssen viel mehr wissen, wir müssen die Motive ergründen, die Hintergründe solcher Taten aufklären, Netzwerke aufspüren, um Gefahren früher zu erkennen und, wo immer möglich, solche Verbrechen zu verhindern. Zuerst ist das Aufgabe des Staates und der Sicherheitsorgane. Aber es geht uns alle an: Täter werden nicht zum ersten Mal auffällig, wenn sie eine Bombe werfen, den Schuss abfeuern oder einen Brand legen.

Der Attentäter von Halle hat vermutlich allein gehandelt, aber er ist nicht allein in seinem Hass. Die These vom Einzeltäter, das wissen wir heute, hat in der Vergangenheit allzu oft vom Kern abgelenkt. Täter haben ein Umfeld, in dem sie sich radikalieren. Sie sind eingebunden in Netzwerke, in virtuelle und reale. Sie haben Unterstützer, virtuelle und reale. Damit meine ich auch die, die mit Worten ein Klima des Hasses erzeugen.

Lassen Sie es mich klar sagen: Wer menschenverachtende Ressentiments verbreitet und die Spaltung unserer Gesellschaft in „die“ und „wir“ vorantreibt, bereitet den Boden für Gewalt. Hier müssen wir noch viel eindeutiger eine Grenzlinie ziehen. Diese Grenzlinie heißt: Wir dulden keine Menschenfeindlichkeit in unserem Land, nicht in Worten und erst recht nicht in Taten! München, die NSU-Morde, der Mord an Walter Lübcke, Halle, Hanau: Die Erinnerung ist Verantwortung. Wegschauen ist uns nicht erlaubt!

Unser Grundgesetz stellt die Menschenwürde unter besonderen Schutz. Das ist die Lehre aus unserer Geschichte, und daraus erwächst unsere Verpflichtung in der Gegenwart. Es ist eine Verpflichtung für den Staat und seine Sicherheitskräfte, jede und jeden zu schützen, egal welche Hautfarbe er hat, wo sie herkommt, was er glaubt. Und wir müssen jüdische Einrichtungen schützen, besser schützen als bisher. Die Bundesregierung und der Zentralrat der Juden haben kürzlich eine Vereinbarung dazu getroffen. Länder und Kommunen unternehmen eigene Anstrengungen.

Unser Grundgesetz ist auch eine Verpflichtung für jeden und jede Einzelne von uns, für alle, die in diesem Land leben und leben wollen. Wir müssen uns einmischen, in der U-Bahn, im Café, auf dem Schulhof, auf der Straße, im Netz. Jede und jeder muss für die Werte unseres demokratischen Rechtsstaates einstehen. Jede und jeder muss aufstehen, wenn die Menschenwürde anderer missachtet wird.

Menschenfeindlichkeit trifft nicht jeden, aber sie betrifft uns alle. Denn sie ist ein Angriff auf die offene Gesellschaft. Sie trifft unsere Demokratie ins Herz. Das dürfen wir nicht zulassen! Und ich bin sicher, die meisten Menschen in unserem Land wollen das nicht zulassen.

Deshalb lassen Sie uns zusammenstehen, Christen, Juden und Muslime, Gläubige und Atheisten, Ost- und Westdeutsche, neu Zugewanderte und Alteingesessene. Wir stehen zusammen gegen Antisemitismus, gegen Rassenhass, gegen Muslimfeindlichkeit, gegen Menschenfeindlichkeit. Hier in Halle und überall in Deutschland.



Kranzniederlegung vor der Synagoge in Halle

Der 9. Oktober vor einem Jahr brachte eine schreckliche Botschaft.

Die Menschen auf den Straßen von Leipzig am 9. Oktober vor dreißig Jahren, das war die gute Botschaft. Sie waren stark, weil sie zusammenstanden. Wir sind stark, wenn wir zusammenstehen. Das ist das Erbe, das sie uns hinterlassen haben. Das ist Auftrag und Verpflichtung zugleich.

Frank-Walter Steinmeier

“We must not look the other way”

Speeches on right-wing extremist violence, delivered in 2020 at a meeting with the families of the victims of Hanau, on the 40th anniversary of the Oktoberfest bombing and on the first anniversary of the attack in Halle



Der Bundespräsident

Contents

- “They all belonged to this country”** p. 35
Meeting with the families of the victims of the attack in Hanau
23 September 2020, Schloss Bellevue
- “An unresolved case that could have been solved,
and needed to be solved, is inexcusable”** p. 43
Event commemorating the 40th anniversary of the
Oktoberfest bombing
26 September 2020, Munich
- “In Germany, of all places”** p. 53
Ceremony to mark the first anniversary of the attack on the
synagogue in Halle
9 October 2020, Halle (Saale)



The Federal President's address in the Great Hall of Schloss Bellevue

“They all belonged to this country”

Meeting with the families of the victims of the attack in Hanau

23 September 2020, Schloss Bellevue

Looking at you, my thoughts go back to the evening of 20 February. It was just a few hours after the horrendous massacre in Hanau. We met in the town hall to walk together to the vigil. Paralysing pain pervaded the room. Together, we stood in silence, some were weeping. There were no words to describe or explain the unfathomable events that had unfolded. All we could do was survive this pain together. And it was unbearably difficult.

Seven months have passed since then. But the pain lives on. Some of you have in the meantime found the strength to talk about your suffering. About the nights when you just couldn't escape the images of the murderous attack. About your thoughts upon waking up each morning when you realised time and again that those you loved are gone, that they were brutally taken away from you. Your daughter or sister, your son or brother, your mother or father.

Some of you cannot comprehend to this day what happened. Or you do not want to comprehend because the depth of your pain is so indescribable. Some are still waiting for their child to come home. Others are only just beginning to realise their loss which leaves an endless void. Putting one foot in front of the other is difficult. And it is even more difficult to look to the future – a future without those you loved.

Your situation in your time of mourning was made even more painful due to the corona crisis. Because you were not able to meet and share your grief. Because you felt alone, lonely and isolated. But also because you had to fear

that the racist murders, the victims and your suffering would be forgotten in the midst of the pandemic.

But, I say to you, the bereaved: we do not forget. We must not forget and we will not forget. That is what my wife and I would like to say to you today, on behalf of the vast majority of your fellow citizens in this country. We cannot ease your pain, even though there is nothing we would rather do. But you should know that we stand beside you. This country – your country – stands beside you. The hearts of our country have opened up to you.

What happened continues to make many people sad, angry and determined. We saw this in the demonstrations of sympathy and solidarity just a few weeks ago, in your town of Hanau and in many other towns across our country. And I hope that you feel that today, too, here in Schloss Bellevue.

I know some of you found it difficult to make the journey to Berlin. We are honoured that you came. Today, we want to remember together the people that you and we all lost on 19 February. And we want to hear how you have been coping in the difficult time of mourning, whether you have had the support that you needed and hoped for.

We remember nine people, nine young lives. One woman and eight men who were working on their futures, fighting for their dreams, were there for others. They had so many plans for their lives. And there is one thing they all shared: they saw themselves as people of Hanau – no matter where they or their families had once come from, what they believed in, what they liked doing.

Their death has left a huge hole. And this hole remains. No-one knows as well as you what made these nine individuals so special. I am grateful to you for telling us about them, for letting us see their faces.

We will not forget them. And we will not tire of saying their names: Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Said Nesar Hashemi, Vili-Viorel Păun, Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Fatih Saraçoğlu, Kaloyan Velkov.

Today, we also remember Behçet Gültekin, Gökhan's father. I had the honour of getting to know him. Just a few weeks after the attack, he lost his battle with a serious illness. The death of his son robbed him of the strength to keep fighting.

Nine people are dead because a racist and right-wing extremist saw them as foreigners. They were shot because they had dark hair or were relaxing in a shisha bar. One of them, Vili-Viorel Păun, apparently tried to follow and stop the attacker. It seems now that it was also his courage and his determination to protect others that cost him his life.

The attacker knew nothing about his victims. He attacked them because of what they represented. His murderous hatred targeted people with a migration background. People whose parents or grandparents had come to Germany from the south or the east. People who he saw as different or foreign, who he, with his warped view of the world, reviled as not German, as not belonging.

What he did reveals the cold and blind logic of racism and all other heinous ideologies. Those who force people into groups and discredit them based on some characteristic; those who reduce them to their background, their faith, their gender or their approach to life; those who rob them of their uniqueness – they are breaching the most vital principle of our democracy. Human dignity, the dignity of each and every person, shall be inviolable. It is protected by our Basic Law.

The terrorist attack in Hanau struck nine unique people. Nine people who were not foreign but were part of our society. They all belonged to this country, each of them in their own special way. Their life stories show us that in our immigration society we for some time now have a young generation in which the most diverse realities have mixed. A young generation in which it no longer matters where someone comes from but what someone stands for and where someone is heading.

Racist labels are inhumane and fail to do justice to the reality in our diverse society. Us against them, them against us – that is the language of hatred. It is

the language of humiliation – a humiliation which sows the seeds for violence. It is the language of those who want to incite hatred and divide our society. We have to make ourselves heard and show solidarity no matter when people in our country have their dignity violated. We owe this to the victims of 19 February.

Most people in this country see Germany's new diversity as an asset. They want to live together and they are doing so, day in day out – whether in your hometown of Hanau, here in Berlin and in many other places in our Republic. People with different backgrounds meet in childcare and in schools, in workshops and offices, in cafés and sports clubs. And they – and indeed all of us – hopefully keep learning how to navigate difference and resolve conflicts in respectful dialogue as equals.

But we also know that the racist terrorism of Hanau did not come from nowhere. There is racism in our country, there is Islamophobia and there is antisemitism. People are insulted, threatened, attacked and murdered out on the street because they have dark skin, pray in a mosque or wear a kippa. The roots of right-wing extremism reach deep into our society. It is a serious and pressing problem. Even in times of corona, we must not forget about it.

All of you, the bereaved, know what it feels like to be stigmatised and marginalised. Ms Kurtović, you said: "Racism and discrimination are everyday experiences for us even though we have integrated successfully and see ourselves as Germans." Here you can sense the bitter disappointment. You have fought to belong. You have done so much for this society. And then some people still only see you as "foreigners". I understand how bitter that is, the fury it causes even though I don't have to experience it myself.

As Federal President, I stand at your side, at the side of all people experiencing marginalisation and discrimination. Let's together fight for a country where no-one has to feel they are worth less than others. For a country where no-one has fewer opportunities because of their name or their colour. For a country where we watch our language on the internet, on the street or in our parliaments.

The memory of the attack in Hanau and the many other acts of right-wing extremist violence make us all the more determined. Time and again right-wing terrorists have tried to shake our democratic society of immigration by staging barbaric attacks. On Saturday, I am attending the memorial ceremony for the victims of the attack on the Oktoberfest in Munich forty years ago. And on 9 October, I will visit Halle, a year after the horrific attacks there targeting Muslims and Jews. The two people who lost their lives were neither.

We do not forget the dead. And remembrance is a challenge and a duty. It is the duty of our state and its security forces to protect each and every person in our country regardless of their background, their faith, their colour. Munich, Halle, Hanau sound a warning for us to do all we can to prevent such attacks in the future. And they sound a warning for us to do more to ensure no-one in our country has to feel unprotected.

Not just the state but each and every one of us is called upon to play their part in the fight against hatred and violence. We need to offer help and be vigilant when people near us fall prey to conspiracy theories, peddle such myths and start to withdraw. We have to stand up and be counted when people are derided. And we need to set ourselves clearly apart no matter where right-wing extremists take to the streets. Those who stroll alongside them are sinking to their level.

I am pleased that so many people in our country are standing up to racism. That, even in corona times, we can still hear them and see them. You, the bereaved, have also stood up for cohesion in recent weeks. Bearing in mind what you have suffered, this is not something we can take for granted. To my mind, your commitment should put to shame those who continue to spread hate and incitement to hatred. And it should inspire all those who are not yet working to fight inhumanity.

Ms Unvar, to close, I would like to quote the impressive words you voiced a month ago at the ceremony in Hanau. "Our children," you said, "must not have died for nothing. Their death must be the end, the end of racist attacks. Their

death should be the start of something new, of schools without racism and a co-existence in which we all have the same rights. (...) If we manage that, I will stand at my son's grave and say: That was your struggle and you did it."

Ms Unvar, the bereaved who I address today, let us together fight for this noble cause, for a society free of racism, free of hatred and violence. We stand together. We stick together. And we want to live together. That is and remains the message of Hanau.



Speech by Saida Hashemi who lost her brother in the Hanau attack



Speech at the site where the bombing was carried out, at Theresienwiese in Munich

“An unresolved case that could have been solved, and needed to be solved, is inexcusable”

Event commemorating the 40th anniversary of the Oktoberfest bombing

26 September 2020, Munich

Four decades have passed since the Oktoberfest bombing in 1980. Nearly two generations and a great deal of history lie between that 26th of September and today. Two German states have meanwhile joined to become one; next week, we will celebrate the 30th anniversary of German Unity. It feels like an eternity has passed. And yet, that terrible day is not far from our mind. We all again sense its horror, particularly now, after the murder of Walter Lübcke, and after the attacks of Halle and Hanau.

Especially for you – the victims and survivors – 26 September 1980 is forever fresh in your mind, an indelible date. It changed everything, and the pain will not go away. No one can escape the shadows that an act of terrorism casts on a life. Victims, investigators, politicians, legal counsels and public prosecutors – all of them feel the burden of the past forty years.

Yet it weighs especially heavily on you – the victims who survived, the family members who lost children, mothers and fathers in the attack.

How is a seven-year-old supposed to forget the image of his seriously injured mother? How can he forget the helplessness he sensed in his father, and in the grown-ups who surrounded him at the time? How can he forget the fireman who wanted to say the Lord’s Prayer with him?

How is a passionate mountain climber whose foot and back were torn apart by the bomb supposed to forget that in all the long years since she has only seen mountaintops on photographs and instead has had to painstakingly relearn to walk?

And above all, how have the mothers, fathers and children who lost loved ones gone on with their lives? With the bomb having left a hole in their lives that could never be filled? They have had to bear the grief of their loss, as well as the anger that their questions have remained unanswered – namely, questions about who inflicted this pain on them, and why?

Yes, forty years on, we must shamefacedly admit that many questions remain open. Questions that a thorough criminal investigation should have answered. Questions that were not answered by the first and could no longer be answered by the second investigation. We are left with this open wound. Which means that we have an even greater obligation today to support the survivors, beyond those criminal investigations. How are they getting on; how are they doing today? Who eases their pain; who helps them in everyday life?

These questions, too, were not asked for some time, or remained unanswered. They were fought over for decades, and gave rise to a great deal of disappointment and despair on the part of the family members and the victims.

That is why I am glad and grateful that, now that forty years have passed, those who were affected are receiving – in addition to what has been done so far – at least the financial support that they have been waiting for so long. Lord Mayor, you have mentioned this. The fund in the amount of 1.2 million euro that the Federal Government, the Free State of Bavaria and the City of Munich will be setting up sends a late but important signal of solidarity with the victims.

Beyond practical solidarity, we have a second obligation: the obligation not to forget. To keep the memory alive. To grieve and commemorate together. And that is why I first and most warmly want to thank you, the survivors and the family members of the victims, for coming here today, for speaking to us

and with us. We need your words and your testimony, as we commemorate the victims of this attack, as we commemorate those who died and those who survived.

I want to thank the City of Munich and the youth organisation of the German Trade Union Confederation, which have made possible this and other commemoration events before it.

I want to thank Ulrich Chaussy, who over the past forty years did not give up. He always refused to accept the inconsistencies between eyewitness testimony, evidence and investigation results and instead, surmounting all obstacles, pressed ahead with his own investigations and research.

Many thanks, too, to Werner Dietrich, who as the victims' legal counsel gave them a voice and fought tirelessly for the case to be reopened – an effort that finally succeeded on the third attempt.

Yes, and I also want to thank Minister of the Interior of Bavaria Joachim Herrmann, as well as the Bavarian state government, for supporting the reopening of the case.

I thank all of you, because you have done everything in your power to shine light on the blind spot of the attack and to help clarify the circumstances. The reopened investigation could no longer answer the questions that remained. But it did lead to a clear finding by the Federal Public Prosecutor General: The bombing of the 1980 Oktoberfest was a right-wing terrorist attack. This discovery makes a difference. Like every discovery, it provides a little more freedom. It was necessary – and an achievement.

Because inadequate investigation of this act of terrorism has hurt not only those who fell victim to it at the time. It also left a wound in our democratic community and our state based on the rule of law – a wound that is still open to this very day. The perpetrator Gundolf Köhler's ties to the radical right-wing paramilitary group Wehrsportgruppe Hoffmann were a known fact, already in 1980.

However, when the criminal investigation was reopened in 2014, there was no physical evidence that could be submitted for the proceedings, for instance through DNA analysis. Important, perhaps decisive evidence was no longer available. It could therefore no longer be proven that Wehrsportgruppe Hoffmann or other right-wing extremist networks were involved in the bombing. An unresolved case that could have been solved, and needed to be solved, is inexcusable and a failure – as it affects trust in the investigative authorities and the judiciary.

Something like this must never happen in Germany again! This is the lesson we at least wish we had collectively drawn from what happened in Munich. It is a wish that would not come true. In 2011, we learned about the series of murders committed by the National Socialist Underground (NSU). Ten people were murdered by perpetrators who were motivated by right-wing extremism – without any of the criminal investigations seriously considering this motive.

Were right-wing extremist networks only rarely noticed and taken less seriously in criminal investigations? There are two possible conclusions, based on the history of right-wing extremist crimes and attacks in our country: Either the realisation emerged only slowly – too slowly – that these perpetrators, too, have ties to others and are a part of networks or inspired by them; or this realisation was intentionally ignored.

If we want to do justice to the victims of the attack forty years ago, then our commemoration of them must include reflecting on ourselves; we must think about mistakes made, about actions not taken and about blind spots during investigations into past right-wing extremist attacks.

This reflection includes asking whether criminal investigations were deficient in certain ways, again and again, and whether such deficiencies possibly still exist today. We know that right-wing extremist networks exist. The NSU series of murders cast a light on this opaque area of criminal investigations. It proved, also in the assessment of security authorities, how investigations yield nothing if they are not led the way they should be, namely free of bias, but rather

with preconceived ideas and guided by prejudices; how the roles of victims and perpetrators are confused when investigators are steered by resentment; and how certain patterns and contexts of crimes are not identified when investigative authorities do not exchange their findings.

Mistakes like these can turn criminal investigations into the exact opposite. Yes, they endanger the democratic state that is founded on the rule of law. That is why we must identify and correct them – decisively and with full dedication.

The perpetrators and their accomplices who act based on racist, contemptuous motives, who use hate, violence and bombs, and who commit serial murders, who mock their victims and deny responsibility for their crimes – they have a target. They are targeting all of us. It is our sense of community, our society, and our liberal order, an order that they ridicule as “the system”, that they seek to destroy. Their aim is to instil fear.

We will not allow ourselves to be forced into this corner. We see the threat, and we have overcome our fear. We will stand together and we will help the victims and the survivors reclaim a sense of safety and of being fully part of our society.

Thinking back to the autumn of 1980, when the Oktoberfest bombing was carried out, it brings to my mind a film by Margarethe von Trotta that was released in cinemas soon afterwards: *The German Sisters* (German title: *Die bleierne Zeit*, or: *Leaden times*).

The kidnapping and murder of Hanns Martin Schleyer, the dramatic hijacking of the Lufthansa aeroplane *Landshut* and the suicide of leading members of the RAF – all this occurred only three years prior to October 1980. The German Autumn – as this depressing period in September and October of 1977 is known to this day – cast a long, depressing and “leaden” shadow over our country.

In 1980, in the midst of those turbulent times, Bundestag elections were held. Everyone who experienced it will remember how contentious that election

cycle was, characterised by harsh, rhetorical debates between the candidates and highly emotional politics. The politicians going head to head were Franz Josef Strauß and Helmut Schmidt. Two men who were political opponents but, as we know today, respected one another. During the 1980 election, no one could have imagined that their political rivalry would one day give way to mutual appreciation. The bitter disputes that Schmidt and Strauß had during this election, and even more so the unrest and riots that accompanied it, made the very idea seem impossible. They were polar opposites, their rhetoric was too hurtful, and the rift was too deep. Between these two people and between their political camps.

In this heated and hostile atmosphere, the attacker of 26 September 1980 detonated his bomb – nine days before the election.

Even forty years later, the memories are all too vivid: the chaos, the screams, the blood. Twelve people were murdered, and 213 were injured – many so severely that they spent days fighting for their lives in Munich hospitals. The Oktoberfest continued. It was only interrupted for 24 hours on the day of the memorial service.

The political sparring, however, did not stop for even one hour. The debates grew more heated yet. During the remaining days up until the Bundestag election on 5 October, there was then the “clash of the parties” over who should bear political blame for the attack. The bombing became a campaign issue and was used for mudslinging on both sides. They accused one another of being partially responsible, and each side threatened to charge the other with libel.

This is the situation I am referring to when I speak of the perfidiousness of terrorism. Suicide bombers kill in cold blood. Their victims are simply a means to an end. That end, however, is only attained when what they are seeking to destroy – the political order – responds in the expected way. The aim of the right-wing extremist terrorist attack forty years ago was exactly what occurred: democrats were locked in a heated dispute over who was to blame for the act of terrorism; even worse, they blamed one another for it.

The fact that this dispute, and the reciprocal placing of blame, has been overcome – at least among our country’s democratic parties – is evidence of our country’s democratic culture and civility. The jury is still out on whether the lesson has been learned for good. This will depend on whether in the future the democratic parties continue to make the important differentiation between opposition and controversy, on the one hand, and enmity, hatred and disdain, on the other. Democracy needs controversy – and this may well include sharp confrontation.

However, scorn, hatred and disdain create an atmosphere that encourages some to resort to violence. This threat has not diminished forty years after Munich. Three days ago, I met in Berlin with family members of the victims that were murdered in cold blood in Hanau. Two weeks from now, it will be the anniversary of the attack on the synagogue in Halle.

Let us therefore keep the memory of Munich alive – which includes the mistakes that were made. Only those who see their mistakes will then be able to correct them. Because, also in the cases of Hanau and Halle, we may know who specifically perpetrated the crimes. But that specifically does not free us from the obligation to understand their motives, to investigate the contacts they had and to shine a light on the networks to which they had links.

Looking the other way is no longer an option. Not after the Oktoberfest bombing, not after the NSU trial, not after the threatening letters attributed to NSU 2.0; not now that weapons caches and enemy lists of self-styled prep-er groups have surfaced that have ties to Bundeswehr reservists and staff members of security authorities; and not now that a right-wing extremist chat group has been uncovered in the North Rhine-Westphalia police force.

It’s clear to me that alarmism will not help anyone. Yet there is also danger in calming ourselves. The integrity of our institutions based on the rule of law is at stake. We must protect them – to ensure the future of our democracy!

I trust our police force. I trust the many officers who enforce the law and protect democracy every single day, and who are proud to be safeguarding freedom. I have met and talked with many of them. I know how hard they work. They need this trust, and they deserve it. Enemies of freedom and democracy must not be tolerated in the ranks of the police force. Everything possible must be done to expose right-wing extremist networks, wherever they may be. The police force's leadership and those with political responsibility must not tolerate any climate that can give rise to such networks, or in which such networks can be concealed by others.

It's in our shared interest. However, I firmly believe that the overwhelming majority of women and men in the police force, too, do not want their reputation and the trust we place in them to be harmed by those who show disregard for our constitution.

Right-wing extremism has deep roots in our society. Commemoration of the many right-wing extremist acts of terror, also those committed after 1980, and the memory of the large number of victims must be adequately reflected in our country's collective memory. Today should be an opportunity for us to nurture this memory and keep it alive.

The right-wing terrorist murders of the past decades were not committed by deranged individuals. The perpetrators were closely integrated into networks of hatred and violence, or they were pressed to commit their acts by those networks. We must find these networks. We must fight them – more decisively than in the past!



Visiting the new exhibit documenting the Oktoberfest bombing



Inauguration of Lidia Edel's memorial that incorporates the synagogue's damaged door

“In Germany, of all places”

Ceremony to mark the first anniversary of the attack on the synagogue in Halle

9 October 2020, Halle (Saale)

A year has passed. A whole year. Only a year.

A year ago today, here in Halle, a nightmare became reality, in broad daylight, in the middle of Germany. Germany, of all places.

A year has passed, but the pain and outrage have not. Today my thoughts and my profound sympathies are with those who lost their loved ones. Two people were murdered in cold blood, Jana Lange and Kevin Schwarze. For their friends and families, nothing has been the same since. There is no consolation for their loss. As Federal President, today I say to you, the bereaved: we stand beside you. All of us. The people in our country join you in mourning. And we will not forget.

We also stand beside those who were seriously injured. We stand beside those who were in the sights of the perpetrator and his murderous hatred. You, the members of the Jewish community, who spent hours in fear for your lives, will never forget that 9 October.

The effects weigh heavily on your hearts and minds. You are plagued by images that come to mind in the night, by the memory of being shut in, helpless, as the shots rang out. You are tortured by the memory of the fear that spread through the synagogue, of the powerlessness of parents as they tried to protect crying children, by the idea of what could have happened, and, above all, by the fear that such a nightmare could be repeated. We can only imagine what you are going through.

The nightmare of that 9 October was also experienced by the staff and customers of the Kiez Döner. Only a few minutes after firing shots at the door to the synagogue, the perpetrator threw explosives at the kebab shop, shot at passers by and killed a customer. Those who witnessed this attack will never be free of the images either. They, too, have our sympathy.

I am grateful to be here today. As Federal President I feel profound sadness. But one year on, I still feel shame and anger, too. That 9 October is firmly entrenched in my memory as well. It was supposed to be a day of joy. Not far from here, in Leipzig, we were going to be remembering the courage of the tens of thousands of people who took to the streets on 9 October 1989, who dreamed of freedom and fought for their freedom, and for respect for human dignity. We wanted to celebrate those civil rights activists, those peaceful revolutionaries, without whom the Wall would never have fallen and our country would not have enjoyed 30 years of unity.

But a dark shadow fell over the celebrations. Even while we were talking in Leipzig about the courage of those who had toppled a dictatorship 30 years before, the news began to trickle through from Halle – rather vague at first, but gradually the full dimension of this monstrous act became clear. A right wing attacker wanted to carry out a massacre in a synagogue on the holiest day of the Jewish year. In broad daylight, in the middle of Germany. In Germany, of all places.

On Yom Kippur, of all days. The synagogue was full: old people, young people, families with children, visitors from abroad. They were to die; that was the perpetrator's barbaric plan.

That this brutal plan failed is nothing short of a miracle. A miracle which we owe, quite simply, to a door – an old wooden door. It, and only it, prevented a bloodbath. The image of the door pockmarked with bullet holes is firmly engraved in my memory as well. This door is a symbol of the wound wrought on 9 October 2019. But for me it is also a symbol of strength and cohesion. That is the message of the young artist Lidia Edel, who has reworked the door so wonderfully as a memorial.

The synagogue now has a new door, one that is even stronger, even more unyielding. For you, Mr Privorozki, and for the members of your community, that is certainly the least that had to be done. However, it cannot erase your worries in the face of rising antisemitism.

This, too, fills me with shame and anger: the fact that it is necessary to protect Jewish places of worship in our country. That heavily guarded kindergartens and schools are part of the everyday routine for Jewish children. That Jews always and at any time have to expect to be verbally abused, spat at or even violently attacked on the street. That Jewish graves and "Stolpersteine" commemorative plaques are defiled and dishonoured. That pernicious antisemitic propaganda and antisemitic hatred are on the rise – especially on the internet, though by far not only there – and that antisemitic crimes are increasing. Just at the beginning of this week, we were shocked by the news of another antisemitic act of violence, outside the synagogue in Hamburg.

I am profoundly grateful that there is once again Jewish life in Germany. So it pains me all the more when Jews do not feel safe here. Since Halle, some have wondered publicly whether it is still their country. Or whether it is time to get the suitcases down from the attic, as historian Michael Brenner, son of two Holocaust survivors, put it.

For there have already been so many antisemitic acts of violence. Some took place a long time ago and the memory of them has faded away. I am thinking of the arson attack on the Jewish old folks' home in Munich, in which seven people lost their lives. The perpetrators were never found. I am thinking of the long standing head of the Jewish community in Nuremberg, Shlomo Lewin, and his partner Frida Poeschke, shot by a right wing extremist in their home in Erlangen, just a few weeks after the Oktoberfest bombing. However, such crimes are not a thing of the past. I am thinking of the many Jewish people who – to this very day – have fallen victim to violent attacks.

The list of antisemitic attacks since 1945 is long. It is a list of shame. It ought to occupy the mind of any democrat.

It is not enough to condemn an attack like that in Halle and then simply to return to business as usual. We must all take a firm stance. We must demonstrate that we will not tolerate any form of antisemitism, be it old or new, left wing or right wing; more than that – we will actively fight against it. This fight concerns us all.

Because antisemitism is a seismograph for the state of our democracy. The more openly it manifests itself, the stronger is the attack on our values, tolerance and respect for human dignity. That is why we should be alarmed when critics of the COVID-19 containment measures reanimate old antisemitic conspiracy theories and spread them to millions. And allow me to say this: it is despicable that some of these critics are publicly putting on a yellow star. It is devoid of all respect for history. It is unbearable!

The hatred of the perpetrator in Halle is directed not only against Jews, but also against Muslims, against people with a migration background, against women, against what he regarded as left wing. We read that he would have been just as happy to attack a mosque. His hatred follows an all too familiar pattern: to categorise, degrade, marginalise and in extreme cases to dehumanise people whose skin is a different colour, who are perceived as being different, people who believe something different and have different convictions.

That is the logic of antisemitism, of racial hatred, of Islamophobia, of homophobia – of each and every form of inhumanity. Migrants and refugees and Muslims in our country are also insulted, discriminated against, threatened and murdered; their mosques are defaced and attacked. Today some people's hatred is so great that a politician like Walter Lübcke was killed in cold blood for standing up for humanity. This hatred affects other politicians too, particularly at local level. We must not remain indifferent to any of this. We must not simply accept any of this.

Today we remember the attack in Halle. A few weeks ago I spoke with the relatives of the victims of Hanau, and shortly afterwards there was a memorial ceremony in Munich for the victims of the Oktoberfest bombing 40 years

ago. Munich, Halle, Hanau: it is a long and bloody line that links these and many other acts, a line which also leads to the NSU murders and the murder of Walter Lübcke.

Right wing extremism reaches deep into our society and right wing terrorism reaches far back into our history. This realisation dawned only in the wake of the NSU murders – late, very late. This must be both a warning and an incentive for us.

In the case of Halle, and of Hanau, we know who the perpetrators are. But we have to know much more. We have to investigate the motives for and background to such acts; we have to trace networks in order to identify dangers earlier and, wherever possible, to prevent such crimes. This is, first and foremost, the task of the state and security agencies. But it concerns us all. The moment when they throw a bomb, fire a shot or set a fire ablaze is not the first moment that the perpetrators draw attention.

The perpetrator in Halle probably acted alone, but he is not alone in his hatred. The idea of a lone perpetrator, we now know, all too often diverted attention from the heart of the matter in the past. Perpetrators have an environment in which they become radicalised. They are involved in networks, both virtual and real. They have supporters, both virtual and real. By that I also mean those who generate a climate of hate with their words.

Let me say this quite clearly: anyone who spreads inhumane resentment and drives forward the division of our society into “them” and “us” is sowing the seeds for violence. We need to draw a much clearer line here. And that line is this: we do not tolerate inhumanity in our country, not in words and especially not in deeds! Munich, the NSU murders, the murder of Walter Lübcke, Halle, Hanau: remembrance is responsibility. We must not look the other way!

Our Basic Law affords special protection for human dignity. That is the lesson learnt from our own history, and from that derives our obligation in the present.

It is an obligation for the state and its security forces to protect everyone, irrespective of skin colour, background and beliefs. And we must protect Jewish facilities, protect them better than hitherto! The Federal Government and the Central Council of Jews in Germany recently reached an agreement on this. The Länder and municipalities are taking steps of their own.

Our Basic Law is also an obligation for each and every one of us, for every single person who lives and wants to live in this country. We have to intervene – on the underground, in cafés, on the playground, on the street, on the internet. Each and every one of us must stand up for the values of our constitutional democracy. Each and every one of us must stand up when the others' human dignity is being abused.

Not everyone is directly impacted by inhumanity, but it does affect us all. Because it is an attack on our open society. It strikes at the heart of our democracy. We must not allow that to happen! And I am confident that the majority of people in our country do not want to allow it to happen.

So let us stand together – Christians, Jews and Muslims, believers and atheists, east and west Germans, those who have always lived here and those who have arrived recently. Together we stand against antisemitism, against racial hatred, against Islamophobia, against inhumanity. Here in Halle, and all across Germany.

Last year, 9 October brought a terrible message.

The people on the streets of Leipzig on 9 October 30 years ago carried the good message. They were strong, because they stood united. We are strong if we stand united. That is the legacy they have given us. It is at once a mandate and a duty.



Walking from the synagogue to the kebab snack bar in Halle – along the path the attacker took one year earlier

Impressum / Imprint

Herausgeber / Publisher

Bundespräsidialamt / Office of the Federal President
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Press and Public Relations
Spreeweg 1
10557 Berlin
www.bundespraesident.de

Redaktion / Editing

Imke Sommer
Bundespräsidialamt / Office of the Federal President
Die Reden des Bundespräsidenten sind redaktionell bearbeitet wiedergegeben.
The Federal President's speeches are reproduced in edited form.

Lektorat / Copy-editing

Franziska Nauck, Frankfurt am Main

Übersetzung / Translation

Sprachendienst, Auswärtiges Amt /
Language Services Division, Federal Foreign Office

Bildnachweis / Photographs

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung /
Press and Information Office of the Federal Government
Guido Bergmann – S. 12, 21, 42, 51
Jesco Denzel – S. 4, 11, 22, 29, 34, 41, 52, 59
Titel / Cover: Sebastian Willnow / dpa-Zentralbild / dpa

Satz & Gestaltung / Typesetting and design

hei design, Berlin

Druck / Printing

X-PRESS Grafik & Druck GmbH

Berlin, November 2020

